

# Politik auf den Punkt gebracht

## Hermann Färber MdB informiert

Ausgabe 2016/1 - 19. Januar 2016

Flüchtlingspolitik  
Grüne Woche  
Pflanzenschutz  
Neujahrsempfang der  
CDU Böhmenkirch  
Fernsehduell

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

zunächst wünsche ich Ihnen noch ein gesundes, gutes neues Jahr! Leider begann 2016 mit allerhand negativen Schlagzeilen. In der ersten Ausgabe von „Politik auf den Punkt gebracht“ in diesem Jahr möchte ich daher die Gelegenheit nutzen, Ihnen meine Sicht auf die aktuelle Flüchtlingspolitik zu erklären. Darüber hinaus habe ich weitere wichtige Themen für Sie zusammengefasst.

### Flüchtlingspolitik

Die Ereignisse in Köln und anderen Städten haben viele Menschen verunsichert. Auch in unserer Fraktion wird sehr intensiv darüber diskutiert, welche Konsequenzen wir aus diesen Ereignissen ziehen müssen. Mit der SPD konnten wir uns – leider eben erst als Folge solcher schrecklichen Vorkommnisse - auf **dringend notwendige Verschärfungen im Asylrecht** einigen:

In Zukunft soll die **Ausweisung straffällig gewordener Ausländer** bereits bei einer Verurteilung zu einer Freiheits-, Jugend oder Bewährungsstrafe möglich sein. Eine Verurteilung zu mindestens einem Jahr Gefängnis begründet ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse. Dann kann auch die Anerkennung als Flüchtling ausgeschlossen werden.

**Für sexuelle Übergriffe werden wir ein umfassenderes Strafrecht beschließen.** Danach sind künftig auch solche Übergriffe strafbar, bei denen der Täter keine Gewalt ausübt, aber die Angst oder das Überraschungsmoment des Opfers ausnutzt.

Diese Änderungen sind gut und richtig, aber auch solche Änderungen werden die Probleme nicht sofort und von Grund auf lösen. Das liegt zum einen an unserer **rechtstaatlichen Gewaltenteilung**: Die Gerichte müssen in einigen Bereichen, gerade bei Wiederholungstätern, auch ihre bisherige Praxis überdenken. Darauf haben wir als Gesetzgeber aber keinen direkten Einfluss: die **Justiz ist unabhängig**. Zum anderen müssen die Ausweisung auch wirklich durchgesetzt werden: hier sind allein die Länderregierungen in der Verantwortung. Und die grün-rote Koalition in Baden-Württemberg hat sich hier bisher nicht durch große Aktivität ausgezeichnet. Auch das muss sich ändern.

Es ist richtig, dass sich einige Staaten weigern, gerade ihre straffällig gewordenen Staatsbürger wieder zurückzunehmen. Das gilt gerade für die Staaten in Nordafrika, etwa

Marokko und Algerien. Auf dem Balkan haben wir das Problem durch **Rückführungsabkommen** weitgehend gelöst. Das ist auch für die jetzt betroffenen Staaten unser Ziel, die Verhandlungen laufen.

Kern der Problematik ist aber die **Reduzierung der Flüchtlingszahlen**. Ich will hier ganz deutlich machen, dass sich die CDU-Bundespartei, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Merkel in diesem Punkt völlig einig sind: Die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge muss deutlich reduziert werden, sonst sind wir als Staat und Gesellschaft überfordert. In diesem Ziel besteht völlige Einigkeit, worüber wir in und außerhalb der Fraktionssitzung intensiv diskutiert haben ist, auf welchem Weg das am besten geschieht.

Ich selber stand einer Grenzschießung bislang sehr, sehr skeptisch gegenüber. Zum einen, weil ich auch die großen Nachteile sehe, die dadurch auf unsere Land politisch und wirtschaftlich zukommen, zum anderen, weil es für unsere Sicherheitsbehörden ein dauerhaft nur schwer zu leistender Kraftakt wäre. Dass selbst Mauern und Zäune Menschen nicht abhalten, einen Weg zu suchen und zu finden, zeigt sich überall auf der Welt. Deshalb halte ich den ursprünglichen Weg der Bundesregierung, auf internationaler Ebene eine Lösung zu finden, sprich Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, Abkommen mit Transitländern wie der Türkei und eine europäische Verteilung, zwar für die beste Lösung. Mein Optimismus, dass wir hier hinreichend schnell zu konkreten Ergebnissen kommen, ist aber durch die –fehlende– Entwicklung der letzten Wochen deutlich gedämpft worden.

Entsprechend müssen wir auch **beginnen über ein verändertes Grenzregime nachzudenken**. Das könnte vielleicht auch ein Signal an unsere europäischen Nachbarn sein, dass sie sich nicht dermaßen aus der Verantwortung stehlen können, wie sie es derzeit tun. Wer die Verpflichtungen aus dem Schengener Abkommen nicht ernst nimmt, der kann auch nicht dauerhaft die Vorteile genießen. Wir müssen uns aber auch sehr klar über die **politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen** dieses Schrittes sein: Viele stellen es sich ja so vor, dass die Grenzkontrolle dann nur die Flüchtlinge betrifft. Aber wenn Kontrollen sinnvoll sein sollen, dann muss eben jeder kontrolliert werden, sonst ließen sich die Flüchtlinge ja nicht herausfiltern. Wir würden also einen ganz, ganz wesentlichen Vorteil der europäischen Integration aufgeben müssen. Es ist damit zu rechnen, dass Schleuser sich schnell auf Grenzkontrollen einstellen und durch geänderte Methoden darauf reagieren. Deshalb werden wir dann auch Lastwagen und Güterzüge kontrollieren müssen: Für unsere international eingebundene Wirtschaft in Baden-Württemberg wäre das ein erheblicher Einschnitt, da dürfen wir uns nichts vormachen.

Ich will auf gar keinen Fall, dass unserem Land irgendetwas von den Freiheitsrechten verloren geht, die ich mein Leben lang in unserem Land genießen durfte. Niemand soll nur wegen ihres Geschlechts irgendetwas zu befürchten haben. Genauso wie auch niemand wegen seines Aussehens oder seiner Hautfarbe etwas zu befürchten haben soll. Es ist in den letzten Wochen **Vertrauen in den Rechtsstaat** verloren gegangen. Das müssen wir dringend wieder herstellen.

### **Grüne Woche**

Mitte bis Ende Januar findet in Berlin jedes Jahr die Grüne Woche statt, die größte Messe für Landwirtschaft und Lebensmittel der Welt – ein Pflichttermin für die Mitglieder im

Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Am Donnerstagabend fand die feierliche Eröffnung mit dem Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt statt. Auf der Messe ergeben sich viele Möglichkeiten zu Gesprächen mit Herstellern, Verbänden, Forschungsinstituten und Verbrauchern über Lebensmittelproduktion und ihre politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Am Samstag fanden in Berlin zwei Demonstrationen statt: Eine unter dem Motto „Wir haben es satt“, die von Verbänden und Nichtregierungsorganisationen wie Naturschutzverbänden und Tierrechtlern veranstaltet wurden, die Landwirtschaft in Deutschland pauschal kritisieren und dämonisieren. Sie wendet sich gegen jede Form moderne Landwirtschaft, gegen Export und gegen jeden Fortschritt überhaupt. Sie lässt aber auch die Frage, wie ohne diese Entwicklungen 7 Mrd. Menschen ernährt werden sollen, völlig außer Acht. Das kann nicht die Lösung sein.

Eine andere Demonstration fand statt unter dem Motto „**Wir machen Euch satt**“, an der hauptsächlich **aktive Landwirte** teilgenommen haben, darunter auch ich. Wir wollen mit dieser Demonstration eine **gesellschaftliche Debatte nicht über die Landwirte, sondern mit den Landwirten** einfordern. Viele Landwirte wären gerne bereit, noch viel mehr für gesellschaftliche Anliegen wie Tierschutz und Umweltschutz zu tun, wenn es denn praxisgerechte Lösungen gibt und dieses Engagement auch am Markt gewürdigt wird. Aber immer mehr teure Auflagen für die Landwirte und immer mehr einbrechende Preise für Lebensmittel, das geht dauerhaft nicht zusammen.

### **Pflanzenschutz**

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag ausführlich über das wichtige Thema Pflanzenschutz diskutiert. Der Antrag, den die Grünen dazu gestellt haben, bietet aber leider keine realistischen Verbesserungsvorschläge.

### **Neujahrsempfang der CDU Böhmenkirch**



Gelungene Premiere des ersten Neujahrsempfangs der CDU Böhmenkirch im Katholischen Jugendheim. Neben der CDU-Landtagsabgeordneten Nicole Razavi, Bürgermeister Matthias Nägele und Gastredner, dem stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden Thorsten Frei MdB, konnte ich als Gemeindeverbandsvorsitzender rund 90 Besucherinnen

und Besucher in Böhmenkirch begrüßen. Hauptthema waren die Flüchtlingsproblematik sowie das CDU-Regierungsprogramm für die bevorstehende Landtagswahl mit seinen vielseitigen Themenbereichen. Thorsten Freis Beitrag zu „**Lust auf Zukunft**“ hat dabei das breite Spektrum aktueller politischer Themen aufgezeigt, die es allesamt anzupacken gilt!

### Erstes Fernsehduell

Die Landtagswahl am 13. März 2016 wirft ihre Schatten voraus. Am Donnerstag wurde das erste öffentliche Streitgespräch zwischen CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf und Ministerpräsident Winfried Kretschmann im SWR-Fernsehen ausgestrahlt. Wolf hat dabei Fehlentwicklungen durch die derzeitige grün-rote Landesregierung aufgezeigt und kritisiert.

### Terminhinweis

Am Donnerstag, 21. Januar 2016, kommt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder MdB, zum Wahlkampfauftakt nach Göppingen. Ab 19:30 Uhr wird er auf Einladung des CDU-Kreisverbands bei der Firma Lambert (Lise-Meitner-Straße 33, 73037 Göppingen) zu einer öffentlichen Veranstaltung zu Gast sein. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen.

Den kompletten Newsletter finden Sie auch nochmals hier:



Ich würde mich freuen, wenn wir uns am Donnerstag in Göppingen treffen würden und verbleibe bis dahin mit besten Grüßen

**Ihr Hermann Färber**



**Hermann Färber**

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülzen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de